

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Luzern, 11. März 2026

Medienmitteilung Tätigkeitsbericht 2025 der Einbürgerungskommission der Stadt Luzern

Die Einbürgerungskommission behandelte im Berichtsjahr 2025 insgesamt 240 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr: 148). Seit März 2025 ermöglicht eine neue Software eine vollständige digitale Fallbearbeitung. Um Pendenzen zeitnah abbauen zu können, hat der Fachbereich Bürgerrecht Mitte Juli 2025 Verstärkung erhalten.

Die Einbürgerungskommission traf sich im Berichtsjahr 2025 zu elf Sitzungen (Vorjahr: 10) und behandelte 240 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr: 148). Am meisten Personen wurden aus Deutschland (100 Personen) eingebürgert, gefolgt von Eritrea (26 Personen) und Kosovo (22 Personen). Vier Gesuche mit vier Personen wurden sistiert (Vorjahr: 3 Gesuche mit 3 Personen). Als Grund nannte die Einbürgerungskommission bei allen Gesuchen mangelnde staatsbürgerliche Kenntnisse. Kein Einbürgerungsgesuch wurde abgelehnt. Seit 1. Januar 2021 bezahlen Jugendliche und junge Erwachsene, die zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung jünger als 25 Jahre alt sind, keine städtischen Einbürgerungsgebühren mehr. Insgesamt konnten im Jahr 2025 64 Personen davon profitieren.

Im Frühling 2024 startete der Fachbereich Bürgerrecht das Projekt, die nicht mehr zeitgemässe Fallführungssoftware abzulösen. Seit 31. März 2025 ist die neue Software erfolgreich in Betrieb. Diese ermöglicht eine vollständige digitale und medienbruchfreie Fallbearbeitung sowie eine digitale Sitzungsvorbereitung für die Mitglieder der Einbürgerungskommission. Die Vorbereitungsarbeiten und die Einführung waren äusserst zeitintensiv. Mittlerweile kann sich das Team Bürgerrecht aber wieder vollumfänglich der Gesuchsbearbeitung widmen.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 294 Einbürgerungsgesuche (Vorjahr: 301) eingegangen. Per 31. Dezember 2025 waren 245 Gesuche pendent (Vorjahr: 278). Fünf Personen (fünf Gesuche) zogen im Berichtsjahr ihr Einbürgerungsgesuch aus privaten Gründen zurück. Um die Pendenzen zeitnah abarbeiten zu können, hat der Fachbereich Bürgerrecht per 1. Juli 2025 personelle Verstärkung erhalten.